

Statement zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2020

(Beitrag zur Aktion des DGB Koblenz und der Initiative Lieferkettengesetz/BUND Koblenz „Solidarität bedeutet für mich“)

Warum brauchen wir ein Lieferkettengesetz?

Konkret stehen wir vor unhaltbaren Zuständen wie den folgenden: Mangelhafter Brandschutz in einer KiK-Zuliefererfabrik in Pakistan führte 2012 dazu, dass 258 Menschen qualvoll starben. Durch den Dammbbruch bei einer brasilianischen Eisenerzmine starben 246 Menschen, Flüsse sind verseucht und die Menschen haben kein sauberes Trinkwasser mehr - obwohl der TÜV Süd Brasilien wenige Monate vorher die Sicherheit des Damms zertifiziert hatte. Vor einer Platin-Mine in Südafrika wurden 34 streikende Arbeiter erschossen, doch BASF macht mit dem Betreiber weiterhin gute Geschäfte. Unternehmen verstoßen in ihren weltweiten Geschäften immer wieder gegen grundlegende Menschenrechte und schädigen die Umwelt. Dabei profitieren diese Unternehmen von den wirtschaftlichen Vorteilen eines globalen Marktes - natürlich auch deutsche Unternehmen. Diese Unternehmen müssen gegenwärtig keine Konsequenzen fürchten für Schäden, die in ihrem globalen Geschäft entstehen.

Z.B. im Textil-, Kakao- oder Kohlesektor schließen sich Unternehmen in freiwilligen Bündnissen zusammen, um Produktionsstandards zu verbessern. Doch freiwillige Initiativen sind häufig zu wenig ambitioniert. Oft reagieren sie nur auf existierende Probleme, anstatt deren Ursachen zu beseitigen.

Die Initiative Lieferkettengesetz fordert darum ein Gesetz zur Durchsetzung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten, welche den Unternehmen obliegen; zur Haftung von Unternehmen für Schäden gegenüber Mensch und Umwelt. Nur Gesetze mit Sanktions- und Haftungsmechanismus können die Geschäftspraktiken der Unternehmen wirklich zu einer Besserung hin verändern.

Den global agierenden Kapitalismus und Neoliberalismus (marktremistischer Kapitalismus) mit seinen ihm wesensmäßig innewohnenden Zwangsgesetzen (Konkurrenz/Standortlogik, Wachstumszwang, Profitmaximierung, Kapitalakkumulation, enthemmter Naturverbrauch, immenser Schadstoffausstoß) müssen wir überwinden. Aber das geht nicht per Knopfdruck von heute auf morgen. Das Mindeste aber, das wir hier und jetzt tun können und müssen, ist - mit Nachdruck für menschenwürdige, menschen- und umweltfreundliche Bedingungen in der Welt des 'Globalen Südens' zu streiten. Es gilt deshalb, gerade die deutsche und europäische (Wirtschafts-)Politik energischst wachzurütteln, die insbesondere mit ihrer absolut neoliberalen Freihandelspolitik/Politik der sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen für elende Arbeitsbedingungen und gröbste

Umweltschädigungen im 'Globalen Süden' mitverantwortlich ist.

Die Freihandelsabkommen (z.B. CETA (EU/Kanada), JEFTA (EU/Japan), Mercosur-Abkommen (EU/Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay)) werden zwar nicht zwischen der EU und dem 'Globalen Süden' geschlossen, wirken aber immer auf die Arbeits- und Umweltverhältnisse des 'Globalen Südens' - insbesondere Afrikas - sehr negativ ein. Gewinner ist immer das Kapital. Verlierer sind immer die Menschen und die Umwelt. Dieser Zustand hat mit Internationaler Solidarität nichts zu tun. Und deshalb muss dieser Zustand geändert werden!

Helmut Gelhardt, Sprecher Gerechter Welthandel der KAB DV Trier und des LV KAB Rheinland-Pfalz